

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **245 (1966)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der schmutzige Krieg in Vietnam

nimmt immer bedrohlichere Formen an. Erstmals wurde im Juli 1965 offiziell aus Peking der Einsatz chinesischer «Freiwilliger» bekanntgegeben. Kurze Zeit später wurden von den kommunistischen Rebellen amerikanische Stellungen angegriffen, das heißt, es kam zu direkten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den von den Nordvietnamern und Rotchina unterstützten Vietcong-Rebellen und den Streitkräften der USA. Gleichzeitig warnte der amerikanische Staatssekretär Rusk vor der Illusion, es gebe in Nordvietnam irgendwelche Freistätten, die vor Luftangriffen verschont blieben. Damit wurde offensichtlich auf die Möglichkeit eines Luftangriffes auf die Hauptstadt Hanoi und die in der Nähe im Bau befindlichen nordvietnamischen Raketenbasen angespielt. Diese Warnung gilt aber auch für Rot-China. Es könnte sich als Fehlkalkulation herausstellen, falls die Chinesen glauben sollten, die Amerikaner würden aus Angst vor einem dritten Weltkrieg vor einem Atomschlag gegen China zurückschrecken. Die Amerikaner sind offensichtlich gewillt, sich der chinesischen Herausforderung zu stellen, und dies mit allen Konsequenzen. Es bleibt ihnen auch gar keine andere Wahl, wenn sie Pekings Wunschtraum, die Amerikaner in Asien ihr Gesicht verlieren zu sehen, nicht im voraus erfüllen wollen. Die amerikanische Entschlossenheit, dem ungezügelter Machtanspruch Pekings in Asien Schranken zu setzen, kann nicht ausdrücklich genug demonstriert werden. Vermittlungsbemühungen wurden von Peking bis jetzt schroff zurückgewiesen. Amerika ist bereit zum Frieden und zum Krieg. In einem sehr ernsten Ton er-

klärte Präsident Johnson in einer Pressekonferenz, daß er nicht voraussagen könne, ob sich der Krieg in Vietnam in einen Krieg auf großer Ebene über den ganzen asiatischen Kontinent ausbreiten werde. Zudem betonte er, daß die «Nationale Ehre» Amerikas auf dem Spiele stehe. Die Gegensätze scheinen in der Tat unüberbrückbar. Präsident Johnson forderte für Südvietnam, das seinerzeit die Amerikaner zu Hilfe rief im Kampf gegen die kommunistische Wühlerei Pekings und Hanois, Stabilität und Frieden, Unabhängigkeit und Menschenwürde. Hanoi und Peking aber begannen den «schmutzigen Krieg» mit der Absicht, Südvietnam unter ihre kommunistische Gewaltherrschaft zu bringen. An diesen beidseitig festgelegten, politisch und ideologisch unterschiedlichen und unversöhnlichen Standpunkten wird sich in absehbarer Zeit kaum etwas ändern, und deshalb erscheint eine friedliche Lösung des Vietnam-Konfliktes in weiter Ferne. Gerade in Vietnam zeigt sich immer deutlicher die Sendung Amerikas, im Kampf gegen den expansiven, machtlüsternden Kommunismus Chinas. Die USA sind die einzige Macht, die durch die zweite chinesische Versuchs-Atombombe nicht in Schrecken versetzt, sondern befeuert wurde, ihre Abwehrfront im asiatischen Raume nur noch energischer zu halten. Würde Vietnam kommunistisch werden, so wären auch andere Länder in Südostasien gefährdet, es wäre dies aber auch für die gesamte freie Welt eine Katastrophe.

Wurde die UNO mündig?

Es war am 26. Juni 1945, also etwas mehr als einen Monat nach dem Ende des zweiten großen Völkerringens, als sich in San Franzisko 51 Staaten zusammensetzten und eine Charta unterzeichneten, in welcher die Achtung der Menschenrechte, die Wahrung des Friedens, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie die Achtung vor dem Menschen unbesehen seiner Rasse und Religion und die Nichteinmischung in fremde Händel propagiert wurden. Mit der Gutheißung dieser Charta wurde die Weltorganisation ins Leben gerufen, die unter dem Namen UNO segelt, und die viele als eine Nachfolgerin des Völkerbundes betrachten. Zwanzig Jahre sind seit der Geburt dieses Gebildes ins Land gegangen, und es ist deshalb am Platz, sich zu fragen, ob die UNO die Mündigkeit erreicht habe.

Mit Recht erhofften sich die Menschen von dieser Friedensorganisation Großes. Ein Rückblick deckt jedoch Schatten als auch Lichtblicke auf. Welche von beiden überwiegen, kommt darauf an, wie viel Bedeutung man den durch die Mitglieder heraufbeschworenen Krisen beimißt. Die UNO hat oftmals in den vergangenen zwanzig Jahren bewiesen, daß sie nicht jene Kraft ausstrahlen kann, die ihr eigentlich auf Grund ihrer

Bei
Kauf
und
Verkauf
von
Hunden

wenden Sie sich stets an uns

**Zentralstelle für
Hunde Vermittlung
Ebnat-Kappel**

Telefon (074) 7 20 07

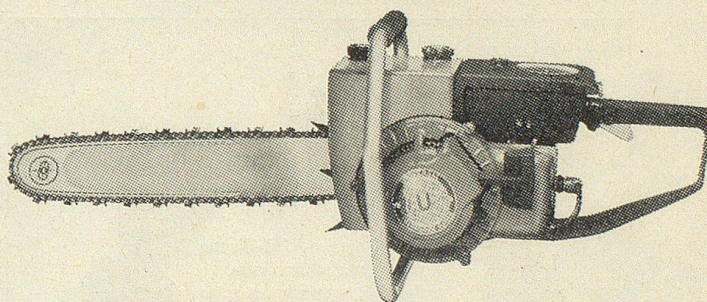
Konstitution innewohnt. Das ist jedoch nicht der Fehler der Organisation an sich, sondern ihrer Mitglieder, die die Kraft nicht ausschöpfen wollen oder können. In der Frage der **A b r ü s t u n g** sind wir noch keinen Schritt weiter als vor 10 Jahren, als das Wettrüsten unangenehme Ausmaße anzunehmen begann. Auch auf anderem Gebiet schwelt eine Krise: Die Sowjetunion und Frankreich haben ihre Mitgliederbeiträge seit mehr als zwei Jahren nicht mehr bezahlt und wären, hätten die andern Mitglieder darauf gepocht, ihres Stimmrechts verlustig gegangen. Als erster Staat ist Indonesien aus der Organisation ausgetreten und hat sich dadurch außerhalb aller Bindungen an die Menschlichkeit und Friedensverpflichtungen auf die gleiche Stufe gestellt wie Rot-China. Die Organisation wird aber auch durch eine geistige Auseinandersetzung zerrissen, die man vor zwanzig Jahren hätte voraussagen können, hätte nicht der Wunsch nach Zusammenarbeit und Frieden die beteiligten Staatsmänner blind gemacht. Und nicht zuletzt ist die ständige **Neugründung afrikanischer Staaten** maßgeblich an den Gefahren beteiligt, in welchen sich die UNO befindet. Heute ist die Situation die, daß diese jungen und neutralistischen Staaten zusammen mit den übrigen Entwicklungsländern jederzeit stark genug sind, den Rest der Welt zu überstimmen, nämlich jenen Rest, der für die Entwicklungshilfe verantwortlich zeichnet.

Dieses Bild ist ein düsteres. Trotzdem darf man es auch am Geburtstag nicht außer acht lassen. Es wäre jedoch falsch, deswegen der UNO ihre Existenzberechtigung absprechen zu wollen. In manchen Konflikten, sei es nun in Zypern, im arabisch-israelischen Streit oder im Kongo, konnte dank den «Blauhelmen» eine Ausweitung des Krieges verhindert werden. Wenn es der UNO bis jetzt auch nicht gelungen ist, sowohl den lokalisierten heißen wie auch den die ganze Welt erfassenden kalten Krieg aus der Welt zu schaffen, so war es ihr doch vergönnt, das Schlimmste zu verhüten.

Frankreichs Alleingang

Genauer müßte man zwar sagen: de Gaulles Alleingang. Denn auch in Frankreich regen sich immer mehr Zweifel an der Richtigkeit von de Gaulles Europapolitik, seiner Stellung gegenüber der EWG und der NATO. De Gaulle hat ein großes Wort gelassen, bzw. mit großem Selbstbewußtsein ausgesprochen als er in einer seiner zahlreichen Radioansprachen an seine Nation, sagte: «Frankreich verfolgt allein, mit seinen eigenen Mitteln das, was nach seiner Ansicht eine unabhängige europäische Politik sein kann und sein soll.» Was de Gaulle vorschwebt ist bekannt: es steht in seinen Memoiren. «Es geht darum, die Staaten, die am Rhein, in den Alpen, in den Pyrenäen an Frankreich grenzen, dazu zu veranlassen, sich ihm in politischer, wirtschaft-

licher und strategischer Hinsicht anzuschließen und aus dieser Organisation eine der drei Weltmächte zu machen, die, falls es eines Tages notwendig werden sollte, als Schiedsrichter zwischen dem sowjetischen und angelsächsischen Lager auftreten könnte . . . Sie soll mit dem Westen und mit dem Osten zusammenarbeiten, im Bedarfsfalle mit der einen oder andern Seite Bündnisse abschließen, ohne sich jemals in irgendeine Abhängigkeit zu begeben.» So schrieb der General im Jahre 1945, und von dieser Zielsetzung ist er seither nicht im geringsten abgewichen, nur die Wege, die ihn zu einem Großeuropa unter französischer Führung führen sollten, hat er gezwungenermaßen gewechselt. Hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG haben sich die Franzosen im Juli 1965 in den Schmollwinkel zurückgezogen und ihre Teilnahme an weiteren Verhandlungen abgelehnt. Diese französische Absenz ist der Ausdruck der schweren politischen Krise in der EWG, die seit dem Abbruch der Verhandlungen wegen der Aufnahme Großbritannien in die EWG Ende Januar 1963 ständig angeschwollen ist. Die erste Folge dieser Krise wird die sein, daß jetzt auf dem Wege zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes keine weiteren Fortschritte mehr erzielt werden können. De Gaulle hat in Brüssel alle wirtschaftlichen



Motorkettensägen «Universal»

3 Modelle

ab Fr. 840.— Viele zufriedene Besitzer bestätigen Ihnen die große Zuverlässigkeit dieser Sägen. Der einfache und anspruchslose Motor ist in Leistung und Lebensdauer unübertreffbar.

Erstklassige Referenzen. Zuverlässiger und rascher Service durch die offizielle Fabrikvertretung.

Aug. Fraefel, Motorkettensägen seit 14 Jahren
9032 Engelburg SG Tel. (071) 22 59 83 / 22 70 02

Verlangen Sie bitte unverbindlich die Adresse des nächsten Vertreters. Es sind noch einige Ortsvertretungen zu vergeben.